

## Kommentierte Tagesordnung Landtagssitzung April 2015

### TOP 1 (a+b)

(a) Vor dem Hintergrund der Debatte um die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern in Deutschland und Sachsen-Anhalt hält Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff zu Beginn der April-Sitzungsperiode des Landtags eine Regierungserklärung mit dem Titel „Zukunft gibt es nur gemeinsam – Hilfe geben, Verantwortung wahrnehmen, Menschlichkeit bewahren“.

(b) Im Anschluss an die Regierungserklärung von Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff haben die Abgeordneten der vier im Landtag vertretenen Fraktionen die Möglichkeit, zu den Äußerungen Haseloffs Stellung zu beziehen und eigene Impulse in die Debatte einzubringen.

### TOP 2

Für die Fraktionen von CDU und SPD ist die gesicherte Unternehmensfinanzierung für den Mittelstand in Sachsen-Anhalt unabdingbar. Um eine zukünftige Finanzierung abzusichern, sei eine Kombination von öffentlichen Zuschüssen, Fonds und privatem Wagniskapital unerlässlich. Mit ihrem Antrag wollen CDU und SPD die Instrumente für die Wachstumsförderung stärken.

### TOP 3

Nach Recherchen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erfüllt Sachsen-Anhalt in 227 von 265 Fällen nicht die Maßgaben der sogenannten Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie). Durch einen Antrag wollen die Grünen erreichen, dass die Landesregierung auf diesen Missstand reagiert und entsprechende Maßnahmen einleitet, um den Anforderungen gerecht zu werden, um so Strafzahlungen oder die Sperrung von EU-Mitteln zu verhindern.

### TOP 4

Die Fraktionen von CDU und SPD bringen einen Gesetzentwurf in den Landtag ein, durch den das Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt geändert werden soll. Ziel des Gesetzes sind eine moderne Gefahrenabwehr sowie die entsprechenden Erfordernisse in der polizeilichen Praxis. Besonders im Fokus sind der § 16 (Anfertigung von Bildaufzeichnungen bei Einsätzen) und der § 17b (Überwachung der Telekommunikation).

### TOP 5

Die Fraktion DIE LINKE spricht sich in einem Antrag dafür aus, die am 18. März 2015 am Rande der Cebit als „Bildungspaket für Sachsen-Anhalt“ getroffene Vereinbarung zwischen dem Land Sachsen-Anhalt und Microsoft Deutschland aufzukündigen. Die Linken sehen es als notwendig an, vor Abschluss einer solchen Vereinbarung zunächst alle relevanten Träger im Land zu konsultieren, insbesondere das Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt. Eine Kündigung des Vorvertrags sei den Linken zufolge unumgänglich, da bis zum Vertragsschluss im Mai 2015 keine entsprechenden Erkenntnisse vorliegen würden.

### TOP 6 (a+b)

(a) Die SPD-Fraktion hat für die April-Sitzungsperiode eine Aktuelle Debatte mit dem Thema „Zukunft der Energiepolitik – Erhalt der Braunkohleregion Mitteldeutschland“ beantragt. Hintergrund ist ein Papier aus dem Bundeswirtschaftsministerium, das Mehrbelastungen im Braunkohlesektor zwecks Emissionsminderung vorsieht. Nach Ansicht der SPD-Fraktion wären die regionalwirtschaftlichen Folgen und die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in den

ostdeutschen Braunkohleregionen gravierend. Zudem sei Sachsen-Anhalt auf eine sichere und wirtschaftliche Stromversorgung angewiesen, wodurch auf den Abbau von Braunkohle nicht verzichtet werden könne.

(b) Mitberaten wird ein Antrag der Fraktionen von CDU und SPD, der sich mit der Weitergestaltung der Energiewende auseinandersetzt. In Sachsen-Anhalt würden schon heute über 40 Prozent der Nettostromerzeugung aus erneuerbaren Energiequellen abgedeckt. Die Landesregierung soll sich gegen eine zusätzliche Klimaschutzabgabe für bestehende Kohlekraftwerke und für den Netzausbau ohne zusätzliche Mehrbelastungen für die neuen Bundesländer einsetzen.

#### TOP 7 (a+b)

(a) Die Fraktionen von DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben sich für die gemeinsame Beantragung einer Aktuellen Debatte entschieden, sie wird unter dem Titel „Würdigung des 70. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus“ am Freitagvormittag abgehalten.

(b) Parallel zur Aktuellen Debatte wird ein Gesetzentwurf der Fraktion DIE LINKE diskutiert, in dem es um die Einführung des 8. Mai als gesetzlicher Feiertag geht, dieser soll als „Tag der Befreiung vom Faschismus“ begangen werden. Gerade vor dem Hintergrund, dass in absehbarer Zeit keine Zeitzeuginnen und Zeitzeugen mehr über die NS-Vergangenheit berichten werden können, sei die Etablierung eines Tages, der zu gesellschaftspolitischen Diskussionen und zum Gedenken anregt, mehr als begrüßenswert.

#### TOP 8

Im September 2014 brachte die Landesregierung einen Gesetzentwurf zur Landesregulierungsbehörde des Landes Sachsen-Anhalt in den Landtag ein. Der Gesetzentwurf sollte für die Umsetzung von EU-Richtlinien sorgen, die den gemeinsamen Elektrizitäts- beziehungsweise Erdgasbinnenmarkt betreffen. Regulierungsbehörden sind demnach als unabhängige Behörden zu führen. Sie müssen ihre Befugnisse unparteiisch und transparent ausüben. Der Ausschuss für Wissenschaft und Wirtschaft hat nun eine Beschlussempfehlung erarbeitet, die die Annahme des Gesetzentwurfs mit einigen Änderungen vorsieht.

#### TOP 9

Die Landesregierung legte im Januar 2015 einen Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über das Versorgungswerk der Rechtsanwälte in Sachsen-Anhalt vor. Damit sollte die Befreiungsmöglichkeit von der Pflichtmitgliedschaft wegen einer privatrechtlichen Vorsorge neu geregelt werden. Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung spricht sich dafür aus, den mit einigen Änderungen versehenen Gesetzentwurf anzunehmen. Die Zweite Beratung soll ohne Debatte stattfinden.

#### TOP 10

Die Fraktion DIE LINKE hatte sich im Januar 2014 mit einem Antrag für eine nachhaltige Schwerpunktsetzung bei der universitären Lehramtsausbildung eingesetzt. Dabei ging es insbesondere darum, die inklusiven Bildungsangebote in allen Schulformen zu verbessern sowie die didaktischen, methodischen und sozialpädagogischen Kompetenzen der Studierenden zu stärken. Der Ausschuss für Wissenschaft und Wirtschaft empfiehlt nun, den Antrag in geänderter Form anzunehmen.

#### TOP 11

„Kinder und Jugendliche als Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen – Beteiligung stärken“, lautete ein Antrag, den die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Juli 2013 in den Landtag einbrachte. Hintergrund waren die UN-Kinderrechtskonvention und die EU-Grundrechtscharta, wonach Kinder und Jugendliche bei allen sie betreffenden Entscheidungen miteinzubeziehen seien. Der Ausschuss für Arbeit und Soziales empfiehlt dem Landtag jedoch, den Antrag abzulehnen.

#### TOP 12

Dem Bundesverfassungsgericht liegen derzeit verschiedene Klagen rund um das Spielhallenrecht vor. Die Beschwerdeführerinnen sind Gesellschaften, die Spielhallen betreiben, sie wenden sich insbesondere gegen Vorschriften bei Verlust und Neuverteilung einer Gewerbeerlaubnis. Der Ausschuss für Recht, Verfassung und Gleichstellung empfiehlt dem Landtag, keine Stellungnahme in dem Verfassungsgerichtsverfahren abzugeben.

#### TOP 13

Nach der gesetzlichen Änderung der kommunalabgabenrechtlichen Vorschriften Ende 2014 will die Fraktion DIE LINKE mit einem Antrag größtmögliche Transparenz zur Schaffung von Satzungsrecht in den betroffenen Kommunen erlangen. Die Landesregierung soll aufgefordert werden, in den entsprechenden Ausschüssen über die Aktivitäten der Task-Force „Satzungsrecht“ zu berichten.

#### TOP 14

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE soll die Statistik „Tageseinrichtungen für Kinder und öffentlich geförderte Tagespflege“ um eine Erhebung der Kostenbeiträge gemäß § 13 KiFöG ergänzt werden. Laut Begründung sei dies wichtig, um die Entwicklung der Elternbeiträge in Sachsen-Anhalt nachvollziehen und zuverlässig beurteilen zu können.

#### TOP 15

Für viele Eltern von Kindern mit infantiler Cerebralparese ist die konduktive Therapie nach András Petö ein großer Hoffnungsschimmer. Petö kombiniert Logopädie, Ergo- und Physiotherapie sowie Pädagogik und hat damit sehr guten Erfolg. Allerdings gibt es in einzelnen Bundesländern noch Probleme bei der Kostenübernahme. Die Fraktion DIE LINKE setzt sich nun mit einem Antrag dafür ein, die konduktive Therapie in Sachsen-Anhalt als Eingliederungshilfe leichter zugänglich zu machen.

#### TOP 16

Die Gestaltung unserer Einwanderungsgesellschaft gehört zu unseren großen Zukunftsaufgaben, ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN überzeugt. Mit dem Antrag „Einwanderung als Chance nutzen“, wird der Landtag gebeten, sich zu ihr zu bekennen. Außerdem wird die Landesregierung gebeten, sich der Bundesratsinitiative des Landes Rheinland-Pfalz („Einwanderung gestalten – Einwanderungsgesetz schaffen“) anzuschließen.

#### TOP 17

Die wachsende Zahl von Flüchtlingen stellt die Kommunen in Sachsen-Anhalt auch vor finanzielle Herausforderungen. Mit einem Antrag der Fraktion DIE LINKE soll die Landesregierung gebeten werden, sich auf Bundesebene für ein stärkeres und dauerhaftes finanzielles Engagement des Bundes einzusetzen. Dazu gehörten nicht nur die Unterbringung, Betreuung und Versorgung der Asylsuchenden, sondern auch die Ausgestaltung einer Willkommenskultur und Sprachkurse.

#### TOP 18

„Alle Kinder sind uns wichtig“ – mit diesem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN soll die Landesregierung aufgefordert werden, zur Lebenslage besonders schwieriger Familienkonstellationen Bericht zu erstatten. Der Bericht soll im IV. Quartal des Jahres vorliegen. Ziel ist es, ein umfassendes Bild der Rahmenbedingungen des Hilfesystems zu erlangen, um daraus möglichen politischen Handlungsbedarf abzuleiten.

#### TOP 19

Wie in jedem Sitzungsmonat haben die Abgeordneten des Landtags von Sachsen-Anhalt auch im April die Möglichkeit, sich in der Fragestunde mit ihren Kleinen Anfragen direkt an die Minister/innen der Landesregierung zu wenden.

#### TOP 20

Aufgrund des Ausscheidens von Kay Barthel (CDU) aus dem Landtag beantragt die Fraktion der CDU die personelle Umbesetzung des 14. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses, dessen Mitglied Barthel war. Für den ausgeschiedenen Abgeordneten soll der neue Abgeordnete Bernd Heynemann Mitglied des Untersuchungsausschusses werden.